

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Kunst und Kultur	19.06.2012

Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln - Berichterstattung über die Verhandlung mit dem LVR

I. Ausgangslage

Der Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) hat am 07.10.2011 die Verwaltung des LVR beauftragt, in Verhandlungen mit der Stadt Köln einzutreten mit dem Ziel

- einer zumindest mehrheitlichen Beteiligung an einer künftigen Konstruktion „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“,
- sowie einer maximalen Steuerung in den drei Handlungsfeldern inhaltlich-konzeptionell, baulich-funktional, betrieblich-finanziell, wenn die Verhandlungsergebnisse mit den Möglichkeiten des LVR vereinbar sind.

II. Beteiligung des LVR an der Projektentwicklung und den Gremien

Am 13.12.2011 haben sich LVR und Stadt zu ersten Verfahrensschritten hinsichtlich der Verhandlungen verabredet. Diese werden nachfolgend mit dem jeweiligen Sachstand dargestellt.

1. Beteiligung am Bauherren-Jourfixe

Der Bauherren-Jourfixe ist neu organisiert worden: Auf Einladung und unter Sitzungsleitung des Bau- und des Kulturdezernenten treffen sich monatlich Kulturdezernat, wissenschaftliche Projektleitung, Gebäudewirtschaft, Bauaufsicht, Straßen- und Verkehrswesen und nach Abschluss des europaweiten VOF-Verfahrens der externe Projektsteuerer, Architekten und Fachplaner sowie weitere Fachämter werden von Fall zu Fall zugeladen. Es wurde vereinbart, dass der LVR eine Vertreterin bzw. einen Vertreter in den Bauherren-Jour fixe entsendet, sobald der externe Projektsteuerer beauftragt ist.

2. Beteiligung am Lenkungskreis „Eingriffe in befundführende archäologische Schichten“

Bei diesem Lenkungskreis handelt es sich um eine Auflage des Landes aus dem Zuwendungsbescheid Städtebauförderung vom 01.12.2011. Aufgabe ist es, Einvernehmen bezüglich des Umfangs eines Eingriffs in befundführende archäologische Schichten herbeizuführen. Teilnehmer sind Vertreter bzw. Vertreterinnen des Landesministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr, der Bezirksregierung Köln, der Stadt Köln und ggf. externe Fachplaner. Für den LVR ist Herr Prof. Dr. Kunow in seiner Funktion als Leiter des Amtes für Bodendenkmalpflege benannt. Eine erste Sitzung zu einem alternativen Tragwerkskonzept hat am 13.6.2012 stattgefunden.

3. Beteiligung am Wissenschaftlichen Beirat

Zur wissenschaftlichen Begleitung hat die Stadt im Einvernehmen mit der Regionale 2010 Agentur und dem (damaligen) Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 ei-

nen Beirat einberufen, der als wissenschaftliches Gutachter-Gremium die Projektbeteiligten berät. Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind derzeit:

Jürgen Roters, Oberbürgermeister der Stadt Köln (Vorsitzender, ständig vertreten durch Prof. Georg Quander, Dezernent für Kunst und Kultur der Stadt Köln)
 Dr. Maureen Carol, Department of Archaeology, University of Sheffield
 Prof. Dr. Johannes Deckers
 Prof. Dr. Werner Eck, Institut für Altertumskunde, Universität zu Köln
 Prof. Dr. Hartmut Galsterer
 Dr. Mathilde Grünewald, Museum der Stadt Worms
 Prof. Dr. Johannes Heil, Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg
 Prof. Dr. Henner v. Hesberg, Erster Direktor DAI Rom
 Ulrich Klein, MA, Freies Institut für Bauforschung und Dokumentation Marburg
 Dr. Gundolf Precht
 Prof. Dr. Rudolf Schieffer, Präsident der Monumenta Germaniae Historica München
 Prof. Dr. Alfred Wiczorek, Ltd. Direktor Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim
 und neu als Vertreter des LVR Dr. Uri Robert Kaufmann, Leiter Alte Synagoge Essen.

Dem Wunsch des LVR nach einer zweiten Vertretung mit Stimmrecht konnte mangels entsprechender Vakanz nicht entsprochen werden. Einvernehmlich wurde vereinbart, Herrn Prof. Dr. Kunow als Ständigen Gast ohne Stimmrecht einzuladen.

Die nächste Sitzung des Beirates ist für den 27.6.2012 terminiert.

4. Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Wissenschaftlicher Befund/Konzeptentwicklung“

Die Stadt und LVR haben sich verabredet, die Ausstellungs- und Betriebskonzeption gemeinsam fortzuschreiben. Dazu bilden sie eine gemeinsame Arbeitsgruppe „Wissenschaftlicher Befund/Konzeptentwicklung“. Die Vertreter der Stadt sind noch nicht abschließend benannt. Der LVR entsendet Frau Grübel sowie die Herren Prof. Dr. Kunow, Dr. Schmauder, Dr. Müller und Dr. Ristow.

Die Einladung durch die Stadt erfolgt nach einem politischen Grundsatzbeschluss zur Kooperation. Zwei informelle Treffen auf Einladung von Herrn Dr. Schütte haben stattgefunden.

5. Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Finanzen/Betriebsform/Organisation“

Die Arbeitsgruppe unter Leitung des LVR hat unmittelbar nach dem Auftaktgespräch am 13.12.2011 die Arbeit aufgenommen und termingerecht Ostern 2012 abgeschlossen. Teilnehmer waren seitens der Stadt Köln der wissenschaftliche Projektleiter der Archäologischen Zone/Jüdisches Museum, Vertreterinnen bzw. Vertretern des Kulturdezernates, der Kämmerei und der Gebäudewirtschaft. Seitens des LVR haben Vertreterinnen bzw. Vertreter der Stabsstelle Strategisches Controlling, des Fachbereichs Recht, des Fachbereichs Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, des Beteiligungsmanagements sowie des Dezernates Kultur und Umwelt teilgenommen.

Im Ergebnis werden die jährlichen Folgekosten (Personal und Betrieb) auf der Grundlage der von der Stadt vorgelegten Informationen mit rund 6,3 Mio. Euro berechnet. Da der LVR für von ihm geführte Museen einen anderen (höheren) Personalschlüssel verwendet und hier wegen der noch nicht abgeschlossenen Ausführungsplanung einen Risikozuschlag für die Betriebskosten ansetzt, geht er von einer jährlichen Folgekostenunterdeckung von rund 6,8 Mio. Euro aus.

Die Überlegungen zur Rechtsform einer Partnerschaft von LVR und Stadt gehen davon aus, dass die Liegenschaft im Eigentum der Stadt verbleibt. Näher betrachtet wurden die Gründung eines Zweck-

verbandes und die einer (gemeinnützigen) GmbH. Die Arbeitsgruppe präferiert eine GmbH, die mehr Gestaltungsspielräume insbesondere bei den geschäftsführenden Positionen und der Haushaltsführung bietet.

Die Verteilung der Anteile zwischen den Gesellschaftern war nicht Gegenstand der Abstimmung in der Arbeitsgruppe. Jedoch wurde deutlich, dass die Stadt eine Verteilung von 74,9% für den LVR und von 25,1% (sog. Sperrminorität – u. a. keine Satzungsänderungen einschl. Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen gegen die Stadt) für die Stadt bevorzugt, während der LVR eher einer Mehrheitsverteilung von 51% zu 49% zuneigt.

6. Zukünftige Struktur

Der LVR hat im Gespräch am 13.12.2011 Vorschläge einer gemeinsam besetzten politischen Kommission zur Begleitung des weiteren Prozesses sowie eines Lenkungsausschusses als zentrales Entscheidungsgremium auf der Verwaltungsebene unterbreitet. Die Entscheidung hierüber wurde vertagt bis zu einer Entscheidung über die Beteiligung des LVR an der Archäologischen Zone/Jüdisches Museum.

7. Status quo

Die Stadt Köln hatte vorgeschlagen, noch vor der Sommerpause sowohl im Landschaftsausschuss des LVR wie im Rat der Stadt Beschlüsse zu Verhandlungen über eine Vereinbarung herbeizuführen, die für beide Körperschaften das Wollen einer Kooperation bekräftigt. Ein Beschlussvorschlag für den Rat könnte so aussehen:

„1. Der Rat nimmt das Arbeitsergebnis des gemeinsamen AK Finanzen, Organisation, Rechtsform zustimmend zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage mit dem Landschaftsverband Rheinland in Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung mit folgenden Eckpunkten zu treten:

- Die von der Stadt Köln zu errichtende Archäologische Zone mit Jüdischem Museum verbleibt im Eigentum der Stadt.
- Der Landschaftsverband Rheinland übernimmt den Betrieb eines Museums „Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln“. Dazu wird eine gemeinnützige GmbH als Betriebsgesellschaft gegründet.
- Die Höhe der vom Landschaftsverband Rheinland zu haltenden Gesellschaftsanteile beträgt zwischen 51% und 74,9%, die der von der Stadt Köln zu haltenden zwischen 49% und 25,1%.

2. Im Gesellschaftsvertrag soll der Abschluss weiterer Verträge, wie Miet-/Nutzungsvertrag für die Gebäude, Nutzungsüberlassung der Ausstellungsstücke usw., festgelegt werden. Der ausgehandelte Gesellschaftsvertrag ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Der Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland wird gebeten, die Verwaltung des Landschaftsverbandes Rheinland zur Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Stadt Köln zu ermächtigen.“

Dem Vorschlag zum parallelen Herbeiführen von entsprechenden Grundsatzbeschlüssen ist der LVR nicht gefolgt, er hat stattdessen für die Sitzung seines Kulturausschusses am 9.5.2012 eine Mitteilung zum Sachstand vorgelegt, die am 15.6.2012 auch dem Landschaftsausschuss zur Kenntnis gegeben wird. Dementsprechend legt auch die Stadt dem Ausschuss Kunst und Kultur einen Sachstandsbericht vor.